

# DIE ENTSCHEIDUNG: AUSSTIEG MIT SCHUTZSCHIRM

**Jetzt ist es fix: Deutschland verabschiedet sich nach und nach aus der Kohleverstromung. Ein historischer Einschnitt für unsere Energieversorgung und für unsere Arbeitsplätze. Doch niemand darf ins Bergfreie fallen! Es gibt neue Chancen für die Regionen! Weil wir dafür gemeinsam gekämpft haben. Jetzt nehmen wir die Unternehmen in die Pflicht.**

Der schrittweise Abschied aus der Kohleverstromung ist beschlossene Sache. Bundestag und Bundesrat haben den Gesetzen zum Kohleausstieg und zur Stärkung der betroffenen Regionen zugestimmt. Es ist das Ende einer jahrelangen Auseinandersetzung, die Bergleute, Kraftwerker und ihre Familien viel Kraft gekostet hat. Jetzt geht es um Sicherheit und Zukunftsperspektiven. Für Beides sind wichtige Voraussetzungen da. Im Einzelnen:

- Personalabbau erfolgt sozialverträglich. So steht es nicht nur im Gesetz, so haben es IG BCE und Energie-Arbeitgeber bereits in einem Eckpunktepapier vereinbart. Das werden wir nun auf Unternehmensebene verhandeln. Für uns ist klar: Betriebsbedingte Kündigungen sind ausgeschlossen.

- Das Anpassungsgeld kommt. Wer zum Zeitpunkt seines durch den Kohleausstieg bedingten Jobverlustes mindestens 58 Jahre alt ist, dem steht ein staatliches Anpassungsgeld zu. Damit wird die Zeit bis zum Renteneintritt überbrückt. Diese Option gilt bis Ende 2043. Wir werden über Tarifverträge eine Aufstockung organisieren.
- Die Jüngeren bekommen neue Perspektiven. Das gilt innerhalb wie außerhalb der Unternehmen. Innerhalb, weil ihnen über Beschäftigungsbrücken, Weiterbildung und -vermittlung gleichwertige Arbeitsplätze in bestehenden wie neuen Geschäftsfeldern angeboten werden müssen. Außerhalb, weil in den kommenden 20 Jahren 40 Milliarden Euro in die Kohleregionen fließen, um neue Industrien, Technologien und eine moderne Infrastruktur zu entwickeln.

Dieses Sicherheits- und Zukunftspaket hatten IG BCE und die gesamte gewerkschaftliche Familie bereits in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ durchgesetzt. Weil für uns ein klimagerechter Umbau der Energieversorgung zwingend auch sozial gerecht sein muss. Die Politik ist dem weitgehend gefolgt. Nun sind die Unternehmen in der Pflicht.

# RWE: DIE ZEIT DRÄNGT!

**Das Rheinland ist beim Ausstieg aus der Braunkohle besonders früh gefordert. Schon Ende dieses Jahres geht das erste Kraftwerk vom Netz, 2021 folgen drei weitere. Die Zeit für eine sozialverträgliche Regelung drängt: Wir wollen deshalb eine schnelle Lösung mit dem Management.**

Das Kohleausstiegsgesetz bestimmt einen klaren Zeitplan für die Stilllegung der Kraftwerke und Tagebaue im rheinischen Revier. Bereits zum Jahresende geht Niederaußem D als erster Standort vom Netz, die letzten sind für 2038 vorgesehen. Gleichzeitig hat RWE kräftig in erneuerbare Energien investiert. Die Transformation ist im Konzern in vollem Gange. Nun muss sich RWE auch in den Tarifverhandlungen bewegen. Zur sozialverträglichen Gestaltung des Kohleausstiegs fordern wir:

- Den Ausschluss betriebsbedingter Kündigungen über die gesamte Phase des Ausstiegsprozesses. Die Instrumente dafür stehen bereit: staatliches Anpassungsgeld für Ältere, Personaltausch zwischen den Standorten und Generationen, Weiterqualifizierung für Jüngere

auf neue, gleichwertige Jobs im Unternehmen. Es braucht nur noch mehr Mut im Management!

- Eine kräftige Aufstockung des staatlichen Anpassungsgelds und die Absicherung weiterer tariflicher Entgeltbestandteile durch den Arbeitgeber. RWE muss seinen Teil dazu beitragen, dass auch finanziell niemand ins Bergfreie fällt!
- Kein Nachlassen bei der Ausbildung. RWE muss seiner Verantwortung für das rheinische Revier gerecht werden. Die Braunkohle-Standorte müssen weiterentwickelt und Zukunftstechnologien angesiedelt werden. Heißt auch: Zahl der Auszubildenden hoch halten!

Die IG BCE kämpft weiter mit den Beschäftigten im rheinischen Revier. So wie bei den Verhandlungen in der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ und später bei der politischen Umsetzung des Kohleausstiegs. Und jetzt auch in den Tarifverhandlungen mit dem Unternehmen. RWE kann die Modernisierung der Region dank Milliarden-Entschädigung des Bunds vorantreiben. Nun geht es um gute Perspektiven für die Beschäftigten.

Hier geht's zum FAQ:



**#WIR  
SIND HIER**